Schweizerischer Städteverband
Union des villes suisses
Unione delle città svizzere

Solothurn, 12. Mai 2011 **Es gilt das gesprochen Wort!**

Tripartite Agglomerationskonferenz TAK
2. Nationale Integrationskonferenz

Vielfalt berücksichtigen
Referat von Corine Mauch,
Vorstandsmitglied Schweizerischer Städteverband, Stadtpräsidentin von Zürich

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Bundesrätin,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen aus Kantonen, Städten und Gemeinden,
sehr geehrte Damen und Herren

Um die Vielfalt in unserer Gesellschaft zu erfassen, stehen uns viele Zahlen zur Verfügung. Sie zeigen eindrücklich, dass sich die in der Schweiz lebenden Menschen in verschiedenster Hinsicht unterscheiden: in ihrem Alter, ihren Berufen, ihrer Familiensituation, ihrer Herkunft, ihren Interessen. Doch unabhängig davon, wie weit wir diese Liste fortsetzen, sie bliebe unvollständig. Und vielleicht ist es auch so, dass wir den besten Eindruck über die Vielfalt unserer Bevölkerung nicht zwingend aus Statistiken erhalten, sondern aus dem Alltag.

Manchmal genügt es, an einem sonnigen Tag in einem Stadtzentrum oder in einem öffentlichen Park ein wenig zu flanieren. Die Zürcher Seepromenade ist dazu ein eindrückliches Beispiel. Aber sicher nicht das einzige, das uns aufzeigt, wie unterschiedlichste Menschen miteinander einen Ort teilen können, geniessend und gemeinsam. Und wie ein Ort gewinnt, wenn er von Vielfalt belebt und genutzt wird. Dass dies nicht nur für Freizeitthemen, Kulinarisches und Kulturelles gilt, sondern auch für die wirtschaftliche Kraft und Prosperität, beweist unsere Arbeitswelt Tag für Tag.

Die gute Gestaltung von Vielfalt ist einer der zentralen Erfolgsfaktoren für das Gelingen der Zukunft. Deshalb ist es alles andere als Zufall, dass eines der vier Grundprinzipien der TAK für die Integrationspolitik in der Schweiz «Vielfalt berücksichtigen» heisst.

Was bedeutet dieses Prinzip, Vielfalt berücksichtigen?

In einem ersten Schritt sicher einmal, dass wir die Vielfalt unserer Gesellschaft anerkennen. Es gibt sie, auch - wenn auch nicht nur - aufgrund von Zuwanderung. Denn Migration ist Teil unserer Geschichte, unserer Realität. Sie bildet die Ausgangslage für unser Handeln. Insbesondere für die Gemeinden und die Städte, die die Zuwanderungspolitik nur sehr beschränkt mitgestalten können, bedeutet «Vielfalt berücksichtigen» deshalb vor allem eine Ausrichtung ihrer Aktivitäten an den tatsächlichen Verhältnissen. Wir haben die Bevölkerung, die wir haben. Und diese ist vielfältig, und sie wird es bleiben.

Schweizerischer Städteverband
Florastrasse 13, 3000 Bern 6
Telefon +41 31 356 32 32, Telefax +41 31 356 32 33
info@staedteverband.ch, www.staedteverband.ch

In der Stadt Zürich beispielsweise leben fast 120'000 Ausländerinnen und Ausländer aus rund 170 Ländern, knapp die Hälfte der Bewohnerinnen und Bewohner haben einen sogenannten Migrationshintergrund. Und jedes Jahr ziehen etwa 23'000 Ausländerinnen und Ausländer neu in die Stadt, wobei die grosse Mehrheit direkt aus dem Ausland kommt. Nicht wenige von ihnen werden bleiben. Sie werden Teil unserer Gesellschaft werden und uns und unseren Alltag mit verändern. Und es ist, unabhängig von der Grösse einer Gemeinde, letztlich der kommunale Alltag, der darüber entscheidet, ob die damit verbundenen Herausforderungen und Chancen genutzt werden können.

Das Prinzip «Vielfalt berücksichtigen» ist eine Antwort darauf. Es bedeutet, den Blick auf das Ganze zu behalten und die liberalen und solidarischen Werte unserer Gesellschaft weiter zu tragen. Es bedeutet, allen Bewohnerinnen und Bewohnern mit Wertschätzung gegenüber zu treten. Und es bedeutet, dem einzelnen Menschen die Möglichkeit zu geben, sein persönliches Potenzial auszuschöpfen und in unsere Gesellschaft mit einzubringen; im Rahmen der bei uns geltenden Gesetze und Regeln.

Wenn ich mich in meiner Funktion als Stadtpräsidentin mit Vertretungen von Ausländerorganisationen oder Religionsgemeinschaften treffe, fasse ich diese Überlegungen oft zusammen in der Aussage, dass es mir wichtig ist, dass «Sie zu Zürcherinnen und Zürchern werden, unabhängig davon, was alles Sie sonst noch sind».

Wo stehen wir?

Um es vorweg zu nehmen. Ich bin überzeugt, dass wir gut unterwegs sind. Es ist uns gelungen, die in der Schweiz vorhandene Vielfalt zusammenzuhalten und wir sind, im Gegensatz zu anderen Ländern, weder mit Zerfallserscheinungen noch mit etablierten Parallelgesellschaften konfrontiert. Dass uns dies gelungen ist, verdanken wir der Offenheit unserer Bevölkerung, der Kraft unserer Wirtschaft, unseren Schulen sowie der Umsetzung gezielter Massnahmen. Ich denke da beispielsweise an die Sprachförderung oder an die in der Stadt Zürich seit fast zwanzig Jahren durchgeführten Integrationskurse für Frauen. Oder an Begrüssungsveranstaltungen, den Einbezug von interkulturellen Übersetzungen oder an die verschiedenen soziokulturellen Angebote, welche Begegnungen und gemeinsames Tun ermöglichen.

Vielfalt ist heute normal und in vielen Unternehmungen und Vereinen eine Selbstverständlichkeit. Oder kennen Sie Schweizerinnen oder Schweizer, die in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis niemanden schätzen, der oder die einen «anderen» Pass hat, eine «andere» Religion oder eine «andere» Hautfarbe? Doch das bedeutet nicht, dass alles einfach völlig problemlos wäre und dass das von der TAK formulierte Grundprinzip bereits hinreichend umgesetzt wird. Ich möchte diesbezüglich auf zwei Punkte hinweisen:

Erstens werden Zugewanderte zu oft auf bestimmte Probleme reduziert. Es sind die «die Ausländer», und manchmal auch «nur» «die Albaner», «die Tamilen», «die Deutschen», «die Muslime» oder sonst eine spezifische Gruppe, die für unerwünschte gesellschaftliche Entwicklungen oder Brennpunkte verantwortlich gemacht werden. Dabei geht einerseits vergessen,

dass keine dieser Gruppen einheitlich ist. Im Gegenteil, sie sind in der Regel genau so vielfältig zusammengesetzt und unterschiedlich wie die Gruppe der Schweizerinnen und Schweizer. Und andererseits führt dies bei vielen Zugewanderten zu einer Demotivation im Hinblick auf die Integration. Sie fühlen sich ausgegrenzt oder höchstens als Arbeitskräfte geduldet. Dies läuft gegen das Prinzip der Vielfalt, welches auf eine Faustregel menschlicher Erfahrung hinweist: je mehr ich akzeptiert werde, wie ich bin, desto eher bin ich bereit, mich einzubringen.

Zweitens denke ich, dass wir als Vertretungen von Politik, Staat und Verwaltung die in der Gesellschaft gegebene Vielfalt noch nicht immer ausreichend berücksichtigen. Wir haben, beginnend bei der Geburtsvorbereitung und der Frühförderung bis hin zur Altersbetreuung und dem Bestattungswesen, nach wie vor zahlreiche Angebote und Dienstleistungen, die weitgehend für eine Bevölkerung konzipiert wurden, die es so nicht mehr gibt. Dies führt dazu, dass Teile unserer Gesellschaft von diesen Leistungen nur ungenügend erreicht werden oder von diesen nicht in einer gleichwertigen Qualität profitieren können.

Wohin wollen wir?

Das von der TAK formulierte Prinzip «Vielfalt berücksichtigen» führt zu einer Integrationspolitik, in der sich die Identität der Schweiz nicht aus der Abgrenzung von den Zugewanderten ableitet, sondern in der unsere Identität eine der Gesamtbevölkerung ist. Wir als Vertretungen von Politik, Staat und Verwaltungen können dazu im Rahmen unserer Tätigkeiten beitragen. Zum Beispiel damit, dass wir uns zur bestehenden, realen Vielfalt bekennen und diese positiv besetzen. Und dies sowohl gegenüber der Aufnahmegesellschaft als auch gegenüber Migrantinnen und Migranten, die von uns Zeichen des Willkommens und der Wertschätzung erhalten müssen. Oft genügen dazu kleine Gesten: Der Stadtrat von Zürich lädt beispielsweise seit einigen Jahren anlässlich des Fastenmonats Ramadan die muslimischen Gemeinschaften ein und beglückwünscht sie zu ihrem Feiertag.

«Vielfalt berücksichtigen» bedeutet auch, dass wir mehr wissen über unsere Bevölkerung und die Kundinnen und Kunden unserer öffentlichen Dienstleistungen. Es gilt, die staatlichen Angebote bedarfsgerecht zu planen und zu gestalten und dabei auch integrationspolitische Überlegungen zu berücksichtigen. Dies führt zu verschiedensten Fragestellungen, beispielsweise den folgenden:

Ist es zweckmässig, bei Angeboten der Geburtsvorbereitung oder der Elternberatung vor der Nutzung eine Verbesserung der Sprachkenntnisse einzufordern oder ist es von gesellschaftspolitischem Interesse, dass diese möglichst alle Mütter und Väter erreichen? Wie unterscheidet sich der Informationsbedarf von gut qualifizierten Englischsprechenden von demjenigen von im Rahmen einer Partnerschaft einreisenden Thai- oder Spanischsprechenden? Was spricht dagegen, das Merkblatt über Krankenkassenverbilligungen in allen für Neuzuziehende verständlichen Sprachen zu publizieren? Was dagegen, in den Alterseinrichtungen die Essgewohnheiten der älter gewordenen Italienerinnen und Italiener nicht mehr ändern zu wollen? Was dagegen, auch Menschen nicht christlichen Glaubens eine für sie würdige Beerdigung zu ermöglichen?

«Vielfalt berücksichtigen» betriff viele Themen des Alltags und verlangt von uns stets neue, oft sehr konkrete Antworten. Aber letztlich geht es bei diesem Prinzip nicht nur um politische Entscheide und staatliche Aktivitäten, sondern um eine Haltung. Eine Haltung, die gegenüber der ganzen Bevölkerung Freundlichkeit und Respekt ausdrückt.

Meine Damen und Herren, ich möchte damit schliessen, womit ich begonnen habe. Unsere Gesellschaft ist voller Vielfalt. Deren Normalität zu anzuerkennen und zu gestalten ist unsere Aufgabe. Gegenüber der Aufnahmegesellschaft, gegenüber den Zugewanderten und innerhalb unserer Institutionen. Integrationspolitik ist deshalb immer auch Diversitätspolitik. Und je besser uns diese gelingt, desto besser sind wir gerüstet für Zukunft.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.